

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e. V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 X 611 62 49
Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787



Extremismusbericht 1998

**Innenministerium
Mecklenburg-Vorpommern**

INHALTSVERZEICHNIS

I. RECHTSEXTREMISMUS	3
1. Lageüberblick	3
2. Straftatengeschehen	3
3. Neonazis und Skinheads-Kameradschaften	3
4. Rechtsextremistische Musikveranstaltungen/Skinmusik	4
5. Szene-Publikationen	4
6. Nutzung moderner Kommunikationsmittel	5
7. Rechtsextremistische Parteien	5
7.1 Teilnahme an Landtags- und Bundestagswahlen am 27.9.1998	5
7.2 Interne Entwicklung der rechtsextremistischen Parteien	6
II. LINKSEXTREMISMUS	7
1. Lageüberblick	7
2. Linksextremistischer Terrorismus/Antiimperialistischer Widerstand	7
3. Militante Autonome	8
3.1 „Antifaschismuskampf“	8
3.2 Kampf gegen die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie	8
4. Revolutionäre Marxisten/Marxisten-Leninisten	9
4.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	9
4.2 „Kommunistische Plattform“ (KPF) in der PDS	9
4.3 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	9
4.4 „Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV)	9
III. AUSLÄNDEREXTREMISMUS	10
1. Lageüberblick	10
1.1 Politisch motivierte Ausländerkriminalität	10
2. „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK)	10
3. Sonstige extremistische Ausländerorganisationen	11
3.1 Türkische linksextremistische Organisationen	11
3.2 Islamistische Gruppierungen	
„Islamische Heilsfront“ (FIS) und „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA).....	11
3.3 „Islamischer Bund Palästina“ (IBP) /	
„Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS)	11
IV. SCIENTOLOGY-ORGANISATION	12
V. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	13
1. Informationsmaterialien	13
2. Vortragsveranstaltungen	13
3. FAIRSTÄNDNIS-Kampagne	13
VI. TRENDS	14
VII. LAGEBILD STAATSSCHUTZ 1998	
Statistiken des LKA Mecklenburg-Vorpommern	14

1. Lageüberblick

Die Lage auf dem Gebiet des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern wird nach wie vor geprägt durch eine starke und gewaltbereite Szene junger Menschen, der zahlreiche Skinheads angehören. Dieser Personenkreis folgt rechtsextremistischen Verhaltensmustern und agiert überwiegend spontan in örtlichen Kleingruppen.

Vermehrt bilden sich neonazistisch orientierte, sich als „Kameradschaften“ bezeichnende Gruppen, die ihre Mitglieder zunehmend im gewaltbereiten Lager finden.

Trotz des weitgehend erfolglosen Wahlkampfes konnten die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und die „Deutsche Volksunion“ (DVU) einen personellen und organisatorischen Zuwachs verzeichnen. „Die Republikaner“ (REP) blieben trotz ihrer Wahlkampfaktivitäten landesweit nahezu ohne Bedeutung.

Insgesamt sind in Mecklenburg-Vorpommern ca. 1.700 Personen (1997: ca. 1350) dem rechtsextremistischen Lager zuzurechnen (Bund: 53.600, 1997: 48.400).

2. Straftatengeschehen

1998 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 303 Straftaten registriert, bei denen eine rechtsextremistische Motivation vorlag oder nicht ausgeschlossen werden kann. Darunter sind 51 Gewalttaten (davon 34 mit fremdenfeindlicher Zielrichtung). 1996 waren 45, 1997 noch 82 Gewalttaten mit entsprechender Motivation registriert worden. Auch im Bund konnte ein Rückgang der Gewalttaten verzeichnet werden (1998: 708, 1997: 790).

Ursächlich für den Rückgang der Gewalttaten dürften neben der immer wieder feststellbaren Unberechenbarkeit der Szene konsequente Maßnahmen von Polizei und Justiz sein.

¹ Auf Bundesbene wird weiterhin getrennt berichtet, da gerade in den alten Bundesländern eine stärkere Abgrenzung der Szenen erkennbar ist. In Mecklenburg-Vorpommern ist eine klare Trennung zwischen Skinhead- und dem Neonazispektrum nicht mehr möglich.

² Diese Zahlen sind bereits in die Gesamtzahl der gewaltbereiten Personen wie der Neonazis eingeflossen.

RECHTS- EXTREMISMUS

3. Neonazis und Skinheads-Kameradschaften¹

Der „harte Kern“ der gewaltbereiten Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern besteht weiterhin aus rund 800 Personen (Bund: ca. 8.200, 1997: ca. 7.600). Dem Neonazismus wurden 1998, wie auch 1997, ca. 250 Personen (Bund: 2.400, 1997: 2400) zugerechnet.

Bemerkenswert war 1998 die Einbindung von gewaltbereiten Rechtsextremisten und Neonazis in Wahlkampfaktivitäten der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Diese unterstützten die Partei bei Plakatierungsaktionen und Wahlkampfständen; bei Demonstrationen prägten Skinheads das Erscheinungsbild der Teilnehmer. Diese Entwicklung kann als sicheres Indiz für eine zunehmende Ideologisierung bzw. Politisierung dieser Szene gewertet werden.

Feste Organisationsstrukturen sind innerhalb des Skinhead- und Neonazispektrums kaum erkennbar. Dagegen ist vermehrt die **Bildung sogenannter Kameradschaften** feststellbar, deren Angehörige zum größeren Teil den gewaltbereiten Rechtsextremisten, insbesondere Skinheads, zum geringeren Teil dem Spektrum bislang unorganisierter Neonazis zuzurechnen sind.

Der Verfassungsschutzbehörde sind derzeit etwa 30 Kameradschaften namentlich bekannt. Tatsächlich dürfte die Zahl höher sein. Diesen gehören im Regelfall zwischen 10 und 50 Personen² an, die in unterschiedlicher Intensität (politische) Aktivitäten entfalten. Oftmals handelt es sich lediglich um lockere Personenzusammenschlüsse auf Zeit. Umbennungen oder Auflösungen nach nur kurzer „Lebensdauer“ sind typisch. Klare Hierarchien gibt es innerhalb dieser Gruppen vielfach nicht, da Skinheads überwiegend feste Strukturen ablehnen. Durchaus üblich sind jedoch Kontakte zwischen einzelnen Kameradschaften.

Zum Geburtstag Adolf Hitlers am 20.04., zum Todestag Rudolf Heß am 17.08., zum Volkstrauertag, der von der Szene in Anlehnung an das nationalsozialistische Vorbild in einen „Heldengedenktag“ umfunktioniert wurde und bei „Son-

nenwendfeiern" wurden auch 1998 „politische" (und insbesondere „feuchtfrohliche") Aktivitäten entfaltet.

Laut einer Internet-Homepage gründete sich am 19. Dezember 1998 in Neustrelitz ein Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des „Bündnis Rechts". In dieser Organisation sind u.a. bekannte Neonazis aus dem Raum Hamburg – Schleswig-Holstein aktiv. Ziel ist nach eigenen Angaben, „nationale Parteien, Vereine, freie Kameradschaften und freie Nationalisten zu bündeln, um bei künftigen Kommunalwahlen eine gemeinsame Plattform zu schaffen". Die Teilnahme an der Kommunalwahl am 13. Juni 1999 in Mecklenburg-Vorpommern wurde angekündigt.

Diese Entwicklung zeigt, daß Neonazi-Kader in der Kameradschaftsbewegung ein wichtiges Element für die zukünftige politische Arbeit sehen. Nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörde erfüllen die Kameradschaften im wesentlichen zwei Funktionen:

- Sie geben den Mitgliedern einen gewissen sozialen Rückhalt und
- dienen der Pflege des gemeinsamen Gedankenguts einschließlich der Planung und Durchführung einschlägiger Aktivitäten.

Dieser Entwicklung wird auch weiterhin eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein.

4. Rechtsextremistische Musikveranstaltungen/Skinmusik

Die Zahl der rechtsextremistischen Musikveranstaltungen ist in Mecklenburg-Vorpommern, wie auch bundesweit, erneut angestiegen. 1998 wurden im Lande 33 derartige Veranstaltungen registriert, davon 17 Skinkonzerte mit Auftritten von in- und ausländischen Skinbands sowie 14 Liederabende und zwei sonstige Parties (1997: 23 Veranstaltungen, darunter 13 Skinkonzerte). Bundesweit fanden 1998 insgesamt 168 derartige „Festivitäten" (128 Skinkonzerte und 40 sonstige rechtsextremistische Musikveranstaltungen) statt. 1997 waren noch 129 rechtsextremistische Musikveranstaltungen, davon 106 Skinkonzerte, registriert worden.

An den Skinkonzerten in Mecklenburg-Vorpommern nahmen durchschnittlich ca. 300 Personen teil, an den sonstigen Musikveranstaltungen im

Durchschnitt ca. 150. Während einiger Konzertveranstaltungen wurden einschlägige CDs verkauft und rechtsextremistisches Propagandamaterial verbreitet. Das Publikum begleitete die Auftritte der Bands häufig mit Parolen wie „Sieg-Heil" und dem Zeigen des Hitlergrußes.

Die Skinhead-Bands sind mit ihren nationalistischen, gewaltverherrlichenden oder volksverhetzenden Liedtexten Propagandisten rechtsextremistischer Ideologie.

Nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden liegt hier eine wesentliche Ursache für die Ausbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts in den einschlägigen Jugendsubkulturen.

Der rechtsextremistische Liedermacher Frank RENNICKÉ tourte im August durch Mecklenburg-Vorpommern und veranstaltete mehrere Liederabende, mit denen er den Wahlkampf der NPD unterstützte.

Im November durchsuchte die Polizei bundesweit verschiedene Objekte von potentiellen Vertreibern rechtsextremistischer Skinhead-Musik. Hier von waren auch Personen aus Mecklenburg-Vorpommern betroffen, die Tonträger mit volksverhetzendem Inhalt bei einem Vertrieb in Schleswig-Holstein bestellt hatten.

5. Szene-Publikationen

Rechtsextremistische Verlags- und Vertriebsdienste versandten auch 1998 wieder rechtsextremistisches Propagandamaterial nach Mecklenburg-Vorpommern. In der Skinhead-Szene waren wiederum Versandkataloge mit Skinheadutensilien, wie Ansteckern, T-Shirts, Aufnähern und vor allem CDs im Umlauf.

Die sogenannten „Fanzines" (Fanmagazine) gelten weiterhin als ein wichtiges Kommunikationsmittel in der Skinheadszenen. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Von den bundesweit ca. 40 Publikationen werden 14 in Ostdeutschland erstellt. Allerdings konnten landeseigene Fanzines im Berichtszeitraum nicht mehr festgestellt werden.

6. Nutzung moderner Kommunikationsmittel

Ein wesentlicher Bestandteil der kommunikativen Vernetzung innerhalb der rechtsextremistischen Szene sind die bereits seit mehreren Jahren von Neonazis bundesweit unterhaltenen, für jedermann zugänglichen „Nationalen Infotelefone“ (NIT). Sie dienen der Bündelung und Koordinierung von Informationen sowie zur Mobilisierung der Szene zu bestimmten Anlässen.

Seit Mai 1998 ist das „Nationale Infotelefon – Stimme des nationalen Aufbruchs“ eines schleswig-holsteinischen Neonazis auch in Mecklenburg-Vorpommern erreichbar. Ein zunächst in Rostock installiertes NIT wurde mittlerweile nach Stavenhagen verlegt. Unter der Rostocker Telefonnummer wird jetzt ein anderes Infotelefon betrieben, das sich als „NIT Mecklenburg“ bezeichnet.

Die rechtsextremistische Szene bedient sich zunehmend der Möglichkeiten des Internet. Dies zeigt die stetig steigende Zahl rechtsextremistischer Homepages. Gab es im Bundesgebiet 1996 noch 32 von deutschen Rechtsextremisten betriebene „Heimatseiten“ (so der deutsch-tümelnde Szene-Jargon), so stieg deren Zahl zwischenzeitlich auf rund 200 – Tendenz weiter steigend. Unter Ausnutzung der Anonymität, die das Internet bietet, werden zahlreiche strafrechtsrelevante Inhalte eingespült.

Wie erst kürzlich bekannt wurde, wird in Stralsund eine offenbar rechtsextremistische Homepage betrieben. Dabei handelt es sich nach Angaben der Betreiber – in typisch rechtsextremistischer Diktion – um eine „Internet-Basis für die außerparlamentarische Opposition gegenüber den gleichgeschalteten Medien“. Thematische Schwerpunkte sind „Politik und Kultur unter Berücksichtigung spezieller Bezüge der Region Stralsund“.

Die Bedeutung von Mailboxen als Kommunikationsmittel innerhalb der rechtsextremistischen Szene ist weiter rückläufig. Interne Querelen und niveaulose „Diskussionen“ prägen das Bild.

Die von einem Rechtsextremisten aus Stavenhagen betriebene vormalige „Nordland-Netz“-Mailbox „Störtebeker.bbs“ ist seit Dezember 1998 unter dem Namen „Reuterbox“ wieder in Betrieb.

7. Rechtsextremistische Parteien

Im Lande waren im Berichtszeitraum drei rechtsextremistische Parteien aktiv:

- die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD - Mitglieder in MV: ca. 350; Bund: 6.000) mit Kreisverbänden in Schwerin, Wismar, Nordwestmecklenburg, Rostock/Bad Doberan, Demmin, Stralsund, Nordvorpommern, Parchim, Ludwigslust, Waren, Rügen, Greifswald, Mecklenburg-Strelitz, Uecker-Randow und Ostvorpommern,
- die „Deutsche Volksunion“ (DVU - Mitglieder in MV: 200, nach durch die DVU unwidersprochenen Presseberichten: 300; Bund: 18.000) mit Kreisverbänden in Schwerin, Nordwestmecklenburg, Wismar, Greifswald, Stralsund und Rügen sowie
- „Die Republikaner“ (REP - Mitglieder in MV: ca. 100, Eigenangabe: über 400; Bund: 15.000) mit weitgehend fehlenden Strukturen.

7.1 Teilnahme an Landtags- und Bundestagswahlen am 27. September 1998

Alle drei Parteien nahmen an beiden Wahlen teil, scheiterten aber an der 5%-Hürde.

Die Wahlergebnisse 1998 im einzelnen:

Landtagswahl MV:

DVU	2,9 %	=	31.194 Stimmen
NPD:	1,1 %	=	11.531 Stimmen
REP	0,5 %	=	5.809 Stimmen

(zusammen: 4,5 %)

Bundestagswahl:

REP	1,8 %	=	906.383 Stimmen
DVU	1,2 %	=	601.192 Stimmen
NPD:	0,3 %	=	126.571 Stimmen

(zusammen: 3,3 %)

NPD und DVU hatten beide mit einem Einzug in den Landtag gerechnet; einige Parteivertreter sahen sogar einen prozentualen Stimmenanteil in zweistelliger Höhe voraus. Dementsprechend unterstützten DVU- und NPD-Bundesvorstand mas-

siv ihre Landesverbände. Dabei setzten die Wahlkampfstrategen beider Parteien auf verschiedene Konzepte:

- Die NPD bemühte sich in den letzten Monaten vor der Wahl, eine ständige Präsenz in der Öffentlichkeit zu erreichen und gerade Jungwähler anzusprechen. Dies zeigten zahlreiche Demonstrationen, insbesondere die Wahlkampfabschlußkundgebung am 19.09.98 in Rostock mit mehr als 3.000 Teilnehmern (vgl. Ziff. 3.1) sowie flächendeckende Informationsstände, Plakatierungen und Konzertveranstaltungen mit rechtsextremistischen Liedermachern.
- Die DVU setzte hingegen auf ein seit Jahren angewandtes und in Sachsen-Anhalt erfolgreiches Konzept: die „Zupflasterung“ des Landes mit DVU-Plakaten sowie mehrere landesweite und kostenintensive Postwurfsendungen. In der Öffentlichkeit traten DVU-Anhänger praktisch nicht in Erscheinung – abgesehen von mehreren medienwirksamen Austritten ehemaliger DVU-Mitglieder, die sich bei der Aufstellung der Kandidatenlisten übergangen fühlten und den Auswahlmodus als undemokratisch anprangerten.

Die Ursache für den Mißerfolg der DVU, obwohl hier im Lande ähnliche Voraussetzungen vorzuliegen schienen wie in Sachsen-Anhalt, dürfte in der massiven Presseaufklärung über die DVU und ihre autoritären Strukturen liegen. Die Interviews mit den neugewählten sachsen-anhaltinischen Landtagsabgeordneten und den Kandidaten für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, in denen diese durchweg wenig Profundes mitzuteilen hatten, dürften in der Öffentlichkeit einen entsprechenden Eindruck hinterlassen haben.

Die NPD führte ihren Mißerfolg auch auf das martialische Auftreten von (oftmals glatzköpfigen) NPD-Anhängern bei Demonstrationen, insbesondere am 19.09.98 in Rostock, zurück. Dies habe offenbar abschreckend auf potentielle Wähler gewirkt.

Nach dem Scheitern trösteten die NPD-Funktionäre sich und ihre Anhänger damit, daß es seit Jahren zum ersten Mal wieder gelungen sei, in den Genuß der staatlichen Parteienfinanzierung zu kommen. Immerhin konnte die NPD ihr Ergebnis von 1994 (0,1%) im Jahre 1998 sehr deutlich verbessern (0,1 auf 1,1%).

Obwohl die rechtsextremistischen Parteien bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern im Ergebnis scheiterten, erzielten sie doch in einzelnen Gemeinden bemerkenswerte Erfolge.

Die DVU erhielt bei der Landtagswahl in insgesamt 182 Gemeinden (ohne Briefwahlergebnisse; die Gemeinden sind nicht identisch mit Wahlkreisen) Ergebnisse von 5% und mehr. Landesweit waren diese aber nicht ausreichend, um ein Ergebnis von über 5% zu erreichen. Auch die NPD erhielt in 15 Gemeinden Ergebnisse von bis zu 7,5% der Stimmen. Selbst die REP erhielten in zwei Gemeinden 5,0% der abgegebenen Stimmen.

Im Hinblick auf die am 13. Juni 1999 stattfindenden Kommunalwahlen müssen diese Ergebnisse nachdenklich stimmen.

7.2 Interne Entwicklung der rechtsextremistischen Parteien

Während NPD und DVU in früheren Jahren am Rande der Bedeutungslosigkeit agierten, erlebten sie 1998 einen deutlichen Aufschwung.

Zuletzt war es der NPD gelungen, fast flächendeckend Kreisverbände aufzubauen und die Zahl der Mitglieder drastisch zu steigern (s.o.).

Wegen interner Querelen erfolgte Anfang 1999 jedoch eine Spaltung des NPD-Landesverbandes. Ursächlich dafür waren neue programmatische Ansätze der NPD-Führung. Seit einigen Monaten ist diese bemüht, insbesondere in den fünf neuen Bundesländern, Ideen eines „nationalen Sozialismus“ in die Tat umzusetzen.

Auf diese Weise strebt die NPD eine Abkehr von ihrem Image als ewiggestrige „Altherrenriege“ an. Sie beschränkt sich nicht mehr auf „klassische“ rechtsextremistische Politikfelder mit ausländerfeindlicher, antisemitischer oder revisionistischer Ausrichtung, sondern möchte sich – gerade in Ostdeutschland – zum Anwalt der sozial Benachteiligten aufschwingen.

Darüber hinaus versucht die NPD, mit kommunistischen Kräften und Staaten wie etwa Nordkorea oder China in Verbindung zu treten, da beide gegen westliche und (nach Einschätzung von Rechtsextremisten) US-amerikanisch dominierte Systeme eingestellt sind. Es darf allerdings bezweifelt werden, daß es tatsächlich zu einer Zusammenarbeit zwischen der NPD und kommunistischen Staaten kommen wird.

Eine Annäherung an kommunistische Bewegungen wollten NPD-Mitglieder aus dem Raum Rostock nicht mittragen. Ende 1998 kam es daher zur Spaltung des NPD-Landesverbandes und Anfang 1999 zur Gründung einer „Sozialen Volkspartei“ (SVP), die eine bundesweite Ausdehnung anstrebt. In diesem Zusammenhang angefallene Informationen, nach denen die Hälfte der NPD-Mitglieder der SVP beigetreten sei, haben sich im ersten Quartal 1999 nicht bestätigt. Gegenwärtig verfügt die SVP schätzungsweise über 50 Mitglieder. Vor diesem Hintergrund wird die NPD weiterhin die einflußreichste Partei innerhalb der rechtsextremistischen Szene des Landes bleiben. Einige frühere NPD-Kreisverbände sind aufgrund der Mitgliederabwanderung zur SVP zwischenzeitlich kaum noch arbeitsfähig.

Auch der DVU gelang es, im Zuge des Wahlkampfes zahlreiche neue Mitglieder hinzuzugewinnen (s.o.). Zuvor trat die DVU praktisch nicht in Erscheinung – die Parteiarbeit lag fast vollständig darnieder. Erst nach dem Wahlsieg in Sachsen-Anhalt richtete sich das Interesse des Parteivorsitzenden auf den hiesigen Landesverband, der daraufhin hektisch ausgebaut und auf den Wahlkampf ausgerichtet wurde. Nach dem für die DVU enttäuschenden Wahlergebnis fiel der Landesverband jedoch in die politische Bedeutungslosigkeit zurück. Eigenständige und öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten sind nicht mehr zu verzeichnen.

Politische Aktivitäten des Landesverbandes der „REP“ konnten nach den Wahlen nicht mehr beobachtet werden.

1. Lageüberblick

Auch 1998 war die Lage im Bereich des Linksextremismus in Mecklenburg-Vorpommern durch eine nur anlaßbezogen aktive Autonomenszene sowie eine nahezu inaktive Parteienlandschaft geprägt.

Die Zahl der Linksextremisten im Lande liegt wie im Vorjahr bei etwa 350 (Bund: 34.700, 1997: 34.100). Im Vergleich zu früheren Jahren kam es jedoch zu einem drastischen Anstieg der überwiegend aus dem autonomen Spektrum heraus begangenen Gewalttaten. Er ist zurückzuführen auf die Wahlkampfaktivitäten rechtsextremistischer Parteien im Lande. Insoweit wurden die Taten überwiegend aus einer „antifaschistischen“ Motivation heraus begangen.

Die verschiedenen Gruppierungen und Parteien sind sich zwar einig in dem Ziel, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung zerstören zu wollen, sind aber kaum zu einer „Zusammenarbeit“ bereit. Insgesamt macht die „Szene“ einen eher zersplitterten Eindruck. Sie ist gegenwärtig nicht kampagnefähig.

LINKS- EXTREMISMUS

2. Linksextremistischer Terrorismus / Antiimperialistischer Widerstand

Am 20. April 1998 ging ein achtseitiges Schreiben der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) bei der Nachrichtenagentur Reuters in Köln ein.

Die Autoren erklärten darin die von den Sicherheitsbehörden bereits seit längerem erwartete Auflösung der RAF.

Auch wenn in dem Schreiben zugegeben wird, daß es ein strategischer Fehler gewesen sei, die Wirkung „militärischer Aktionen“ zu überschätzen, stehen die Angehörigen der RAF vorbehaltlos zu ihrer Geschichte. Sie räumen allerdings eine klare Niederlage ein. Es sei ihnen nicht gelungen, eine eigene politisch-soziale Organisation aufzubauen. An keiner Stelle der Erklärung findet sich ein Wort des Bedauerns über die vielen Opfer.

In Mecklenburg-Vorpommern konnten – von vereinzelten themenbezogenen Farbschmierereien abgesehen – 1998 keine Bezüge zum linksextremistischen Terrorismus festgestellt werden.

3. Militante Autonome

In Mecklenburg-Vorpommern sind weiterhin etwa 200 Personen der Autonomenszene zuzurechnen, von denen ca. 50 den sogenannten „harten Kern“ bilden. Bundesweit wird die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten wie 1997 auf über 7000 geschätzt, darunter über 6.000 Autonome.

Nach Angaben des LKA wurden 1998 in Mecklenburg-Vorpommern 75 Straftaten (1997: 38) mit erwiesener oder zu vermutender linksextremistischer Motivation begangen. Darunter waren 28 Gewalttaten (1997: 1), davon hatten 23 einen „antifaschistischen“ Bezug.

3.1 „Antifaschismuskampf“

Der „Antifa-Kampf“ der militanten Autonomen ist, wie das Straftatengeschehen zeigt, von Gewalt geprägt.

Autonome sehen – analog zur historischen Faschismusdefinition des Marxismus-Leninismus – in der bürgerlichen und marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft die Wurzeln des Faschismus. Sie sind der Überzeugung, daß nur eine in ihrem Sinne „freie Gesellschaft“ die Gefahr des Faschismus endlich bannen könne. Insoweit geht es der Szene um Systemüberwindung.

Diese Grundüberzeugung wird im „Straßenkampf“ praktisch umgesetzt.

Im Berichtszeitraum kam es daher zu einer Reihe militanter Aktionen. Besonders bedeutsam für die Szene war die Wahlkampfabschlußkundgebung der NPD am 19.09.1998 in Rostock, die ursprünglich am „Sonnenblumenhaus“ in Lichtenhagen stattfinden sollte. Dort hatten 1992 die bislang heftigsten ausländerfeindlichen Krawalle in der Bundesrepublik stattgefunden.

Bereits im Juli begann eine bundesweite Mobilisierung. Die sceneinternen Diskussionen im Vorfeld zeigten, daß die Mehrheit der Teilnehmer das Ziel hatte, den Aufmarsch der NPD-Anhänger zu verhindern.

Entsprechend hoch war die Gewaltbereitschaft der anreisenden Teilnehmer.

Nach Verlegung der NPD-Demonstration von Lichtenhagen in den Stadtteil Dierkow sowie der polizeilichen Trennung der Demonstrationzüge kam es lediglich in der Innenstadt zu einzel-

ten Auseinandersetzungen und Sachbeschädigungen. Szeneintern wird die Zahl der an der Gegendemonstration teilnehmenden Antifaschisten/Autonome auf insgesamt 1.500 geschätzt.

Im Berliner Szeneblatt „Interim Nr. 462“ vom 29.10.1998 wurden die Aktionen der Linksextremisten als Niederlage bewertet. Es sei in keiner Weise gelungen, auch nur ansatzweise die Demonstration der NPD zu stören, wofür u.a. die „Bulldentaktik“ verantwortlich gemacht wurde.

Anm.: Die NPD-Veranstaltung hatte den größten Polizeieinsatz in der bisherigen Geschichte des Landes ausgelöst.

3.2 Kampf gegen die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie

Ein weiteres Aktionsfeld der hiesigen Autonomenzene ist der Kampf gegen die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie.

Auch hier steht die Bekämpfung des „Systems“ im Vordergrund.

So heißt es in der Berliner Szeneschrift „Interim Nr. 450“ in einem Aufruf zu einer „Anti-AKW-Demonstration“ in Neubrandenburg am 17.5.1998: *„Der Atomstaat ist lediglich ein Ausdruck der herrschenden Verhältnisse.... Mit dieser Gesellschaftsordnung, die sich auf Konkurrenz, Macht- und Profitstreben gründet und dabei tagtäglich über Leichen geht, kann es für uns keinen Frieden geben... Der Kampf um die Stilllegung aller Atomanlagen ist 'nur der Ansatz', mit dem wir Schritt für Schritt auf eine ...herrschaftsfreie... Gesellschaft zusteuern wollen.“*

Im Rahmen der bundesweiten „Anti-Atom-Aktionstage“ vom 11.09. bis 13.09.1998 war Lubmin einer von fünf Aktionsschwerpunkten.

Am 12.09.1998 kam es dabei zu einer kurzzeitigen Blockade der Straße vor den Energiewerken Nord (EWN), als von den ca. 30 Demonstrationsteilnehmern eine symbolische Mauer aus Kartons aufgebaut wurde. Durch Polizeikräfte vor Ort wurde die Demonstration nach ca. einer Stunde beendet. Szeneintern zeigte man sich enttäuscht über die geringe Anzahl der Demonstranten, die zum Teil auch aus anderen Bundesländern gekommen waren.

4. Revolutionäre Marxisten/ Marxisten-Leninisten

Den Gruppierungen der revolutionären Marxisten/Marxisten-Leninisten in Mecklenburg-Vorpommern gehörten 1998 wie auch 1997 ca. 150 Personen an (Bund: 28.400, 1997: 27.800).

4.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Die Mitgliederzahl der DKP in Mecklenburg-Vorpommern dürfte 1998 die Zahl 50 kaum überschritten haben (Bund: ca. 6.500).

Herausragendes Ereignis bundesweit war der 14. Parteitag in der Zeit vom 22.-24. Mai 1998 in Hannover, an dem auch Mitglieder aus Mecklenburg-Vorpommern teilnahmen, von denen eines in den Bundesvorstand gewählt wurde.

Die hiesigen Delegierten äußerten sich in der Mitgliederzeitung „Argumente“ (Ausg. 6/98, S.1) geradezu überschwänglich: *„Der Parteitag, dieses begeisternde Treffen von Kommunisten..., hat uns viel Kraft und Optimismus gegeben.“* Desweiteren sei es u.a. zu Solidaritätsbekundungen beim Auftritt der chinesischen und vietnamesischen Gäste gekommen.

DKP-Mitglieder beteiligten sich an Demonstrationen wie die vom 20. Juni 1998 in Berlin, die unter dem Motto „Aufstehen für eine andere Politik“ stand. In einem Beitrag in „Argumente“ (Ausg. 7/98, S. 3) heißt es im Zusammenhang mit der Demonstrationsparole „Demokratie – jetzt oder nie!“, daß man als DDR-Bürger diese Worte besonders gut verstehe, *„denn wir haben eine bessere Zeit erleben dürfen“*.

Ebenfalls haben sich DKP-Mitglieder an der Demonstration gegen die NPD am 19.09.1998 in Rostock beteiligt.

Die kritiklose Würdigung der chinesischen und vietnamesischen kommunistischen Parteien, die für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen Verantwortung tragen³ und die Charakterisierung der DDR als das „bessere System“ zeigen, daß die DKP die freiheitliche demokratische Grundordnung zutiefst ablehnt und in ideologischer Verblendung selbst die Unterdrückung von Menschen rechtfertigt, deren Befreiung doch angeblich Ziel des eigenen Wirkens sein soll.

4.2 „Kommunistische Plattform“ (KPF) in der PDS

Nach Angaben einer führenden PDS-Funktionärin aus dem Jahre 1996 sollen in der KPF Mecklenburg-Vorpommerns 25 Personen organisiert sein (Bund: ca. 2.000, 1997: 2.500). Außer den kritischen Stellungnahmen zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz waren öffentliche Aktivitäten im Berichtszeitraum nicht feststellbar.

4.3 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Die Mitgliederzahl in Mecklenburg-Vorpommern dürfte nach wie vor deutlich unter 50 Personen liegen (Bund: ca. 2.500, 1997: ca. 2.500). Es existieren lediglich einige Ortsgruppen bzw. Gruppen der Jugendorganisation „Rebell“.

Die MLPD beteiligte sich an der Bundestagswahl, nicht jedoch an der Landtagswahl. Sie trat im Lande mit zwei Direktkandidaten an. Diese erhielten 376 bzw. 119 Stimmen (0,0 %).

Den geringen Stimmenanteil begründete die MLPD mit der angeblichen Wahlmanipulation durch die „Bonner Monopolparteien“ und die Medien, die auch angeklagt werden, den *„Faschisten... eine Plattform für ihre braune Hetze zu bieten“* („Rote Fahne“ v. 02.10.1998).

Die MLPD feierte auch 1998 in ihrem Schulungszentrum in Alt Schwerin am Plauer See ein Sommerfest und beging damit gleichzeitig das 5-jährige Bestehen des Ferienparks.

4.4 „Sozialistische Initiative VORAN“ (SAV)

Die trotzkistische SAV (Bund: ca. 300, 1997: ca. 350) ist in Mecklenburg-Vorpommern lediglich mit einer Ortsgruppe in Rostock vertreten.

³ Vgl. hierzu die Angaben von Amnesty International im internet:
<http://www.amnesty.de./berichte/asa17u.41/anliegen.ht>

AUSLÄNDER- EXTREMISMUS

1. Lageüberblick

1.1 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

In **Mecklenburg-Vorpommern** waren Ende des Jahres 1998 ca. 21.340 ausländische Mitbürger registriert. Nennenswerte Aktivitäten im „**organisierten**“ Ausländerextremismus gingen 1998 nahezu ausschließlich von der PKK aus.

Die Gesamtzahl der Aktivisten/Sympathisanten dieser verbotenen Organisation im Lande wird auf etwa 660 geschätzt. Darüber hinaus konnten lediglich Informationen über Aktivitäten von **Einzelpersonen** anderer extremistischer Ausländerorganisationen gewonnen werden, die allerdings nicht in Mecklenburg-Vorpommern stattfanden.

Die Gesamtzahl der Mitglieder extremistischer Ausländerorganisationen und deren Sympathisanten wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz mit etwa 59.100 Personen (1997: 58.200)⁴ benannt.

Im gesamten **Bundesgebiet** wurden im Jahr 1998 **2.356 Straftaten** registriert. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr mit 1.608 einem **Anstieg um 46,5 %**. Festzustellen ist aber auch, daß sich die Anzahl der **Brand- und Sprengstoffanschläge** nach 1997: 19 und 1996: 122 wiederum **deutlich** auf 7 (5 Brand- und 2 Sprengstoffanschläge) **verringert** hat. Die Anzahl der Tötungsdelikte ist von 11 (2 Vollendungen und 9 Versuche) auf 6 (1 Vollendung und 5 Versuche) ebenfalls gesunken. Auch im Bereich der Körperverletzungen ist ein Rückgang der Fälle von 98 auf 66 zu verzeichnen.

Der Anstieg der Straftaten beruht ausschließlich auf Zunahmen in den Bereichen Landfriedensbruch (von 7 auf 36) und bei den sogenannten „**anderen Straftaten**“ – hier insbesondere Verstöße gegen das Versammlungs- und Vereinsgesetz – (von 1.029 auf 1.832).

In Mecklenburg-Vorpommern wurden drei Straftaten registriert.

2. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Bei den 1998 offiziell registrierten **drei Straftaten** der politisch motivierten Ausländerkriminalität handelt es sich um solche mit PKK-Bezug. Die Dunkelziffer dürfte allerdings hoch sein, da sich die Geschädigten meist vor Repressalien fürchten und auf eine Anzeige verzichten.

Die bekannten PKK-Aktivisten in Mecklenburg-Vorpommern bedienen sich bei der Geldeintreibung geschickt häufig wechselnder Personen, die aus dem PKK-Sympathisantenkreis in Mecklenburg-Vorpommern rekrutiert werden.

Dem „harten Kern“ der PKK-Aktivisten werden in Mecklenburg-Vorpommern etwa 60 Personen zugeordnet. Darüber hinaus kann aufgrund von Erfahrungswerten von bis zu 600 weiteren, auch mobilisierbaren Sympathisanten ausgegangen werden.

Die PKK hat mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern feste Strukturen aufgebaut. So ist in Asylbewerberheimen grundsätzlich ein „Heimverantwortlicher“, in Heimen mit einer größeren Anzahl von türkischen/kurdischen Asylbewerbern ein „Heimkomitee der PKK“ für Versammlungen in den Heimen sowie die organisierte Teilnahme an Demonstrationen und anderen Veranstaltungen verantwortlich.

Die Strukturen sind streng hierarchisch gegliedert, übergeordneten PKK-Funktionären ist Bericht zu erstatten, deren Weisungen sind auszuführen.

Es sind auch weiterhin „Spendenkampagnen“ festzustellen, die nach wie vor nicht ohne Erpressungen und Körperverletzungen verlaufen.

Koordiniert wird nach wie vor aus Kiel über Rostock bis hin zu den nachgeordneten Bereichen (z.B. PKK-Heimverantwortliche in den Gemeinschaftsunterkünften des Landes Mecklenburg-Vorpommern).

Bei spontanen Demonstrationen in Hannover, Düsseldorf und Hamburg aus Anlaß der kurzzeitigen Verhaftung Öcalans in Italien war die Lage zeitweise gespannt. Vom PKK-Verantwortlichen aus Kiel, über den PKK-Verantwortlichen in Rostock erging die Weisung, daß alle patriotischen Kurden an der verbotenen Demonstration in Hamburg am 24.10.1998 teilzunehmen hätten.

⁴ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

Spontane Hungerstreikaktionen in Malchin, Dranske und Neubrandenburg im November 1998 standen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verhaftung Öcalans in Italien. Die Aufforderung zum Hungerstreik erfolgte von den PKK-Stadtteilverantwortlichen in Mecklenburg-Vorpommern, auch standen die Beteiligten in direkter telefonischer Verbindung mit der PKK in Kiel.

Als Reaktion auf das „indifferente Verhalten“ europäischer Länder gegenüber der Person Öcalan kam es im Dezember 1998 auch zu Protestaktionen der im Bundesgebiet vertretenen **nationalistischen** und **islamistischen** türkischen Gruppen gegen Italiens (Europas) „Öcalan-Politik“.

Die dramatische Verschärfung der Lage nach der erneuten Verhaftung Öcalans in der griechischen Botschaft (Nairobi, Kenia, Februar 1999) und dessen Auslieferung an die Türkei hat gezeigt, wie schnell – gesteuert oder auch unkontrollierbar – Deutschland wieder zum Schauplatz für die Austragung gewaltsamer Konflikte anderer Staaten werden kann.

3. Sonstige extremistische Ausländerorganisationen

3.1 Türkische linksextremistische Organisationen

„Revolutionäre Volksbefreiungspartei“ (DHKP-C)
 „Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke“ (THKP-C)

Das 1998 ausgesprochene Verbot der beiden genannten Organisationen durch den Bundesminister des Innern hat bei den wenigen im Lande erkannten Personen, die diesen Organisationen zuzuordnen sind, zu keinen Reaktionen geführt.

- „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)
- „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)
- „Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei“ (TDKP)

Es liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß die o.g. Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern strukturiert existieren.

3.2 Islamistische Gruppierungen

„Islamische Heilsfront“ (FIS) und
 „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA)

Ihre Aufgabe sehen diese Gruppierungen im propagandistischen und gewaltsamen Kampf gegen die **algerische** Regierung mit dem Ziel, ein islamistisches System zu errichten. In Mecklenburg-Vorpommern lebende Algerier verhalten sich hinsichtlich politischer Betätigung derzeit ruhig und unauffällig.

3.3 „Islamischer Bund Palästina“ (IBP), „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS)

HAMAS gehört zu den Gewalt befürwortenden Kräften, deren Ziel u.a. die Vernichtung des Staates Israel ist. An dessen Stelle soll ein islamischer Staat in ganz Palästina treten, der auch Israel in den Grenzen von 1948 einschließt.

Von der schon 1997 geringer gewordenen agitatorisch-propagandistischen Tätigkeit dieser Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern war 1998 in der Öffentlichkeit fast nichts mehr zu bemerken.

SCIENTOLOGY ORGANISATION

Die Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten- und Psychogruppen“ des Deutschen Bundestages kam in ihrem am 9. Juni 1998 veröffentlichten Endbericht zu dem Ergebnis, daß die Scientology-Organisation (SO) auf keinen Fall zu den religiösen Gemeinschaften zähle. Vielmehr sei sie eine „politisch-extremistische“ Bestrebung, deren Beobachtung durch den Verfassungsschutz gerechtfertigt sei.

Die seit Beginn der Beobachtung der SO im Juni 1997 in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführten Ermittlungen erbrachten keine Anhaltspunkte für die Existenz einer eigenständigen Organisationseinheit innerhalb der Landesgrenzen. Die hier lebenden Scientology-Mitglieder sind nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand in die Hamburger Organisation eingebunden.

Im dritten Quartal 1998 hat die Scientology-Organisation mehrere bundesweite „direct mailing“-Aktionen durchgeführt, die die Beeinflussung von Entscheidungsträgern und Multiplikatoren im Sinne der Scientology-Organisation zum Ziel hatten. Adressaten der Schreiben waren u.a. Minister, Bürgermeister, Leiter oberer Landesbehörden sowie Pfarreien.

Mit Schreiben vom 3. Dezember 1998 hatte die „Scientology-Kirche Deutschland e.V.“, vertreten durch ein Münchner Anwaltsbüro, u.a. auch das Land Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert, eine Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln bis längstens 10. Dezember 1998 einzustellen. Ähnliche Schreiben wurden auch an andere Bundesländer geschickt, in denen die SO keine eigenen Organisationsstrukturen unterhält. Die SO wird auf der Grundlage des IMK-Beschlusses vom 19./20. November 1998 auch in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin beobachtet.

ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

1. Informationsmaterialien

1998 sind zwei weitere Ausgaben des Journals „VS-aktuell“ erschienen. Die Ausgabe 1/98 widmet sich dem Schwerpunktthema Jugendgewalt & Extremismus. Das Heft enthält u.a. ein Interview mit Jugendlichen über deren Einstellung zur Gewalt und zum Extremismus. Zum selben Thema äußert sich auch der Generalstaatsanwalt des Landes, Herr Alexander Prechtel. „Von Revolutionen, Kämpfen + Grundrechten“ lautet das Motto der zweiten Ausgabe des Journals in 1998. Neben Hintergrundartikeln über die Demokratiegeschichte in Mecklenburg-Vorpommern kommen auch in dieser Ausgabe Persönlichkeiten des öf-

fentlichen Lebens zu Wort: Joachim Gauck schreibt über „Erblast und Diktatur“; ein Auszug aus Manfred Krugs Buch „Abgehauen“ illustriert dessen ganz persönliche Erfahrungen. Weiterhin wurde der *Verfassungsschutzbericht 1997* des Landes Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht.

Sämtliche Publikationen können kostenlos beim:
**Innenministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Pressestelle
Wismarsche Straße 133
19048 Schwerin**

oder direkt bei der Verfassungsschutzabteilung:
**Innenministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Abteilung II 5
Postfach 11 05 52
19005 Schwerin**
angefordert werden.

2. Vortragsveranstaltungen

Das Thema Verfassungsschutz und die Aufklärung über Art und Umfang der Gefahren, die durch den politischen Extremismus drohen, waren auch 1998 wieder auf zahlreichen Vortragsveranstaltungen gefragt.

So zeigten sich in Neustrelitz alle örtlichen Schulen an Vorträgen mit dem Schwerpunktthema „Rechtsextremismus“ interessiert. Insgesamt wurden 1998 ca. 40 Vorträge vor Schulklassen gehalten. Darüber hinaus referierten Vertreter des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit zu den Themenkomplexen Verfassungsschutz, Rechtsextremismus und Scientology-Organisation, u.a. an der Universität Rostock, der Europäischen Akademie Waren sowie der Fachhochschule des Landes für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege.

Zur Klärung der Frage, ob Referenten zu diesen Themen angefordert werden können, wenden Sie sich bitte direkt an die Verfassungsschutzabteilung über die Telefonnummer 0385/7420-0 und fragen nach dem Fachbereich „Öffentlichkeitsarbeit“.

3. FAIRSTÄNDNIS-Kampagne

Im Rahmen der bundesweiten Kampagne „FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß“ können folgende Materialien, die sich vor allem an Jugendliche richten, angefordert werden:

- Schülerheft „basta! Nein zur Gewalt“
- PC-Spiel „IM NETZWERK GEFANGEN – Dunkle Schatten 2“ (PC ab 486er, 8 MB RAM, DOS 5.0 oder höher, CD ROM-Laufwerk und SB-kompatible Soundkarte).

Bezugsadresse:

Bundesministerium des Innern
Referat -IS 7-
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn

oder in begrenztem Umfang auch über das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern.

Regionale Verteilung der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten

Absolute Zahlen (Stand 1.1. - 31.12.98)

Landkreis/Stadt	1998	1997	Landkreis/Stadt	1998	1997
Rostock	12	11	Parchim	2	1
Demmin	6	6	Schwerin	2	3
Mecklenburg-Strelitz	6	9	Nordvorpommern	1	5
Neubrandenburg	5	8	Uecker-Randow	0	6
Ludwigslust	4	2	Güstrow	0	5
Stralsund	4	3	Rügen	0	3
Ostvorpommern	3	9	Nordwestmecklenburg	0	3
Müritz	3	0	Wismar	0	1
Greifswald	3	6	Bad Doberan	0	1

TRENDS

LAGEBILD STAATSSCHUTZ

A RECHTSEXTREMISMUS

1. Gesamtbewertende Übersicht

Bundesweit wurden **11.048** Straftaten mit einer rechtsextremistischen (7.414), fremdenfeindlichen (2.643) oder antisemitischen (991) Motivation registriert.

Für 1998 wird die durch die AG Fallzahlen im Mai 1998 vorgeschlagene und durch die 44. Tagung der K-Staatsschutz im Oktober 1998 **einstimmig beschlossene veränderte Zählweise** (Fallzahlen) berücksichtigt. Grundlage für die Erhebung der Fallzahlen ist die gem. Ziff. 4.1 der Richtlinien für den KPMD-S (Stand 14.5.1993) zu erstellende Kriminaltaktische Anfrage-Staatschutz (KTA-S) in der dort festgelegten Form an das BKA.

Unter Beachtung der veränderten Zählweise ergibt sich **nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit**⁵ mit Zahlenangaben aus 1997. Insgesamt kann eine rückläufige Tendenz ausgemacht werden. Im einzelnen stellen sich die Zahlen wie folgt dar:

Im Jahr 1998 meldeten die 4. Fachkommissariate der örtlich zuständigen KPI'n **303** (1997: 434) Straftaten, bei denen nach dem jetzigen Erkenntnisstand eine rechtsextremistische (187), fremdenfeindliche (82) oder antisemitische (34) Motivation zugrunde liegen könnte.

Darunter sind **51** (1997: 82) Gewaltstraftaten. 16 Gewaltstraftaten werden einer rechtsextremistischen, 34 einer fremdenfeindlichen und eine einer antisemitischen Motivation zugeordnet.

Von den insgesamt **197** aufgeklärten Straftaten entfielen 139 in den Bereich der rechtsextremistischen, 49 in den Bereich der fremdenfeindlichen und 9 in den Bereich der antisemitischen Motivation. Dies entspricht einer Gesamtaufklärungsquote von **65 %**.

Eine Aufklärungsquote in Höhe von 74,3 % wurde bei Straftaten mit einer rechtsextremistischen, 59,7 % im Zusammenhang mit einer fremdenfeindlichen bzw. 26,5 % bei Delikten mit einer antisemitischen Motivation erreicht.

Insgesamt wurden **426 Tatverdächtige** ermittelt oder waren bei der Anzeigenaufnahme bekannt. 250 Tatverdächtige wurden zu Straftaten mit einer rechtsextremistischen, 141 fremdenfeindlichen bzw. 35 antisemitischen Motivation ermittelt.

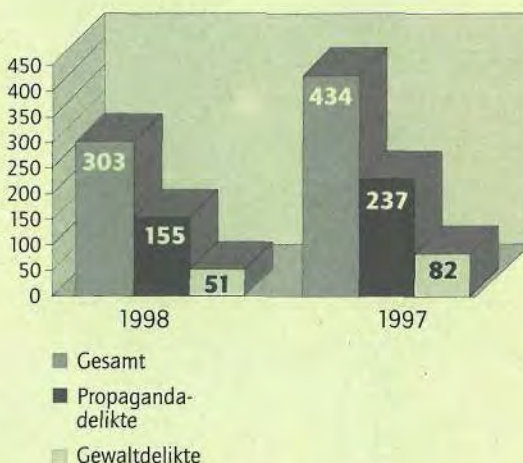
Von den insgesamt **38** aufgeklärten Gewaltdelikten entfielen in die Bereiche der rechtsextremistischen 12, fremdenfeindlichen 25 und antisemitischen Motivation eine Straftat.

Dies entspricht einer **Gesamtaufklärungsquote von 74,5 %**.

Dabei ergibt sich in den Motivationsbereichen eine Aufklärungsquote von 75 % bei rechtsextremistischen, 73,5 % bei fremdenfeindlichen bzw. 100 % bei antisemitischen Delikten.

Im Rahmen der aufgeklärten **Gewaltstraftaten** wurden insgesamt **106 Tatverdächtige** ermittelt. Es konnten 21 Tatverdächtige zu Straftaten mit einer rechtsextremistischen, 82 im Zusammenhang mit einer fremdenfeindlichen und drei Verdächtige mit einer antisemitischen Motivation bekannt gemacht werden.

2. Gegenüberstellung Gesamt/Propagandadelikte/Gewaltdelikte in den Vergleichszeiträumen



⁵ gilt für alle folgenden Zahlenangaben der Jahre 1998 und 1997

Monat/Jahr	Gesamt		Propagandadelikte		Gewaltdelikte	
	1998	1997	1998	1997	1998	1997
Januar	37	28	18	18	3	6
Februar	35	20	24	13	3	3
März	27	46	13	23	7	10
April	30	32	17	17	4	5
Mai	26	47	14	26	4	11
Juni	24	52	13	31	7	7
Juli	12	29	3	16	2	12
August	43	40	17	22	9	10
September	19	43	7	16	4	5
Oktober	17	37	9	27	2	7
November	21	42	11	16	5	4
Dezember	12	18	9	12	1	2
Gesamt	303	434	155	237	51	82

3. Deliktschwerpunkte

Bei den angegriffenen Straftatbeständen stellen die Propagandadelikte gem. § 86 ff. StGB mit 155 Verstößen den Schwerpunkt.

41 Volksverhetzungs- (§ 130 StGB), 44 Körperverletzungsdelikte (§ 223 ff. StGB), 18 Sachbe-

schädigungen (§ 303 ff. StGB) sowie 11 Nötigungen/Bedrohungen (§ 240 ff. StGB) wurden hier registriert.

Weiterhin wurden 34 weitere Straftaten (z. Bsp. Hausfriedensbruch, Beleidigung, Störung der Totenruhe, Störungen des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten u.a.) gemeldet.

4. Gesamtübersicht rechtsextremistischer Straftaten 1998

4.1 Aufgliederung der Straftaten auf die PD-Bereiche

PD-Bereich	Schwerin	Rostock	Stralsund	Neubrandenburg	Anklam	Gesamt
Monat						
Januar	14	6	3	9	5	37
Februar	8	7	1	10	9	35
März	2	6	2	11	6	27
April	5	8	5	12	0	30
Mai	2	12	1	8	3	26
Juni	6	3	3	5	7	24
Juli	6	0	2	2	2	12
August	8	4	8	14	9	43
September	6	3	4	3	3	19
Oktober	0	7	2	7	1	17
November	3	4	2	7	5	21
Dezember	1	9	0	2	0	12
Gesamt	61	69	33	90	50	303

5. Täterstruktur

5.1 Altersstruktur der männlichen und weiblichen Tatverdächtigen

Alter	männlich	weiblich	Gesamt
bis 13	3		3
14 - 17	161	7	168
18 - 20	124	6	130
21 - 24	82	1	83
25 - 29	25	–	25
30 <	7	–	7
unbekannt	9	1	10
Gesamt	411	15	426

5.2 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen

unbekannt:	
Einzeltäter:	87
Tätergruppe bis zu 10 Personen:	86
Tätergruppe über 10 Personen:	5

B LINKSEXTREMISMUS

1. Gesamtbewertende Übersicht

Bundesweit wurden 3.201 Straftaten mit einer linksextremistischen Motivation registriert. Im Jahr 1998 meldeten die 4. Fachkommissariaten der örtlich zuständigen KPI'n 75 Straftaten, bei denen nach dem jetzigen Erkenntnisstand eine linksextremistische Motivation zugrunde lie-

gen könnte. Darunter sind 28 Gewaltdelikte. 1998 wurden gegenüber 1997 54 und gegenüber 1996 56 linksextremistische Straftaten mehr mitgeteilt.

22 Straftaten wurden **aufgeklärt**.

Es wurden 55 Tatverdächtige ermittelt; die **Aufklärungsquote** beträgt 29,3 %.

Eine weitere statistische Aufbereitung sollte hier aufgrund der geringen Ausgangsdaten nicht erfolgen.

2. Gegenüberstellung Gesamt/Gewaltdelikte in den Vergleichszeiträumen

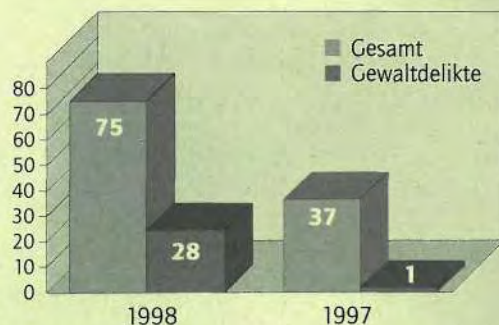
Gesamt	1998	1997	Gewaltdelikte	1998	1997
Januar	15	0	Januar	8	0
Februar	5	4	Februar	3	0
März	1	7	März	0	0
April	7	4	April	1	0
Mai	8	4	Mai	4	0
Juni	9	2	Juni	2	0
Juli	4	4	Juli	1	0
August	11	2	August	3	0
September	11	2	September	3	0
Oktober	0	6	Oktober	0	0
November	0	1	November	0	0
Dezember	4	1	Dezember	3	1
Gesamt	75	21	Gesamt	28	1

3. Deliktsschwerpunkte

Bei den angegriffenen Straftatbeständen stellen die Sachbeschädigungen gem. § 303 ff. StGB, mit 32 Straftaten, den Schwerpunkt.

16 Körperverletzungsdelikte (§ 223 ff. StGB) wurden hier registriert.

Weiterhin wurden 27 weitere Straftaten (z. Bsp. Hausfriedensbruch, Beleidigung, Raub, Nötigung/Bedrohung u.a.) gemeldet.



4. Gesamtübersicht linksextremistischer Straftaten 1998

4.1 Aufgliederung der Straftaten auf die PD-Bereiche

PD-Bereich	Schwerin	Rostock	Stralsund	Neubrandenburg	Anklam	Gesamt
Monat						
Januar	1	14	0	0	0	15
Februar	1	0	0	3	0	4
März	1	0	0	0	0	1
April	5	0	0	2	0	7
Mai	3	1	4	0	0	8
Juni	7	0	0	0	2	9
Juli	1	0	2	0	1	4
August	3	3	2	2	1	11
September	4	5	0	2	0	11
Oktober	0	0	0	0	0	0
November	0	0	0	0	0	0
Dezember	1	1	0	2	0	4
Gesamt	27	24	8	12	4	75

5. Täterstruktur

5.1 Altersstruktur der männlichen und weiblichen Tatverdächtigen

Alter	männlich	weiblich	Gesamt
bis 13	-	-	-
14 - 17	10	-	10
18 - 20	16	2	18
21 - 24	12	2	14
25 - 29	11	1	12
30 <	1	-	1
unbekannt	-	-	-
Gesamt	49	6	55

5.2 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen

unbekannt:	
Einzeltäter:	8
Tätergruppe bis zu 10 Personen:	22
Tätergruppe über 10 Personen:	1

6. Aufklärungsquote

Einklassifizierung	Erfasste Fälle	Geklärte Fälle	Aufklärungsquote
Gewaltdelikte	28	9	32,1 %
Sonst. Straftaten	47	13	27,6 %
Gesamt	75	22	29,3 %

C POLITISCH MOTIVIERTE AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

1. Gesamtbewertung

Bundesweit wurden 2.356 Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität registriert.

Im Jahr 1998 meldeten die 4. Fachkommissariate der örtlich zuständigen KPI'n **drei** Straftaten, die nach dem jetzigen Erkenntnisstand als Straftaten der politisch motivierten Ausländerkriminalität einzustufen sind.

Im Vergleichszeitraum 1997 wurden **zwei** als politisch motivierte Ausländerkriminalität einzustufende Straftaten an das LKA gemeldet.

Bei diesen **drei** Straftaten für 1998, die **alle aufgeklärt** wurden, handelt es sich um **eine Räuberische Erpressung** und **zwei Verstöße gegen das Vereinsgesetz**.

Zwei Straftaten ereigneten sich im **Januar**, eine weitere Straftat im **Juni**.

Betroffen sind die **PD-Bereiche Stralsund und Neubrandenburg** sowie weitere Orte im gesamten Land Mecklenburg Vorpommern.

Die Straftaten, die im Zusammenhang mit Aktionen von Angehörigen bzw. Sympathisanten der PKK zu sehen sind, wurden zentral im LKA MV, Abt. 3, bearbeitet.

Es wurden **fünf** Asylbewerber als Tatverdächtige ermittelt, sie sind alle männlich und zwischen 25 und 30 Jahren alt.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern
Arsenal am Pfaffenteich · 19048 Schwerin

Gestaltung & Satz: Cicero Werbeagentur, Rostock

Druck: Altstadt-Druck GmbH, Rostock



**Innenministerium
Mecklenburg-Vorpommern**